

**Herrn Bundesminister für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit
Carsten Schneider**

**Herrn Ministerpräsidenten des Landes NRW
Hendrik Wüst**

**Frau Ministerin für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie des Landes NRW
Mona Neubaur**

**Bürgerinitiative „Kein Atommüll in Ahaus“
Aktionsbündnis „Stop Westcastor“ Jülich
Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen
BUND – Landesverband NRW**

**SOFA (Sofortiger Atomausstieg) Münster
c/o Umwelthaus
Zumsandestr. 15
48145 Münster
info@sofa-ms.de
www.sofa-ms.de**

Jülich/Ahaus/Düsseldorf/Münster, 11. August 2025

Castor-Entscheidungen Jülich-Ahaus / Garching-Ahaus

**Sehr geehrter Herr Minister Schneider,
sehr geehrter Herr Ministerpräsident Wüst,
sehr geehrte Frau Ministerin Neubaur,**

vor wenigen Tagen wurde seitens der SPD-Landtagsfraktion in NRW bekannt, dass das für Atomtransporte zuständige Bundesamt BASE beabsichtige, bereits in wenigen Tagen die Transportgenehmigungen für die 152 Castoren mit den rund 300 000 hochradioaktiven Brennelementekugeln aus Jülich sowie für weitere 38 Castoren mit hochradioaktivem und hoch angereichertem Atommüll aus dem Forschungsreaktor Garching zu erteilen. Fahrziel ist in beiden Fällen das Zwischenlager Ahaus. Die SPD in NRW rechnet mit einem Transportzeitraum von vier bis acht Jahren – also bis 2033!

In einer ersten Reaktion bezeichnete die Gewerkschaft der Polizei (GdP) dieses Mammut-Vorhaben auf den Autobahnen von NRW und darüberhinaus als „Wahnsinn“. Dieser Einschätzung können wir uns aus sicherheitspolitischen, aber auch aus rein praktischen Erwägungen nur anschließen.

Wir bemühen uns als Anti-Atom-Initiativen schon seit Bekanntwerden der Pläne im Jahre 2010 um eine sachgerechte Lösung. Damals war noch Norbert Röttgen Bundesumweltminister, Jürgen Rüttgers NRW-Ministerpräsident und Christa Thoben NRW-Wirtschaftsministerin. Seither kamen und gingen die Regierungen und Minister:innen. Doch sachlich getan hat sich in den letzten 15 Jahren leider nichts, weil Bund und Land NRW niemals ernsthaft über nachhaltige Lösungen für die zukünftige Lagerung des Atommülls verhandelt haben. Das bringt uns heute direkt vor die Schwelle

der größten Transportserie für hochradioaktiven Atommüll in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland – ein echtes Schreckensszenario, das keinerlei sachlichem Zweck dient, sondern einzig und allein das Ergebnis konzertierter Gesprächsunfähigkeit zwischen Bund und Land ist.

In der heutigen Sicherheitslage über Jahre hinweg ohne jeden Sinn hochradioaktiven Atommüll in großen Polizeikonvois über die Autobahnen des Landes zu befördern, provoziert geradezu sicherheitsrelevante Zwischenfälle. Bereits bei einem der drei Probetransporte im Herbst 2023 verlor z. B. der LKW mit dem leeren Castor laut Innenministerium NRW im Autobahnkreuz Kaiserberg den „Sichtkontakt“ zum vorausfahrenden Polizeikonvoi. Das zeugt nicht wirklich von professionellem Vorgehen. Dazu kommt die real gewachsene Gefahr von Sabotage und Terrorakten.

Darüber hinaus bietet das Zwischenlager in Ahaus bekanntlich keine unbefristete Lagermöglichkeit. Im Gegenteil: Die jetzige Genehmigung läuft bereits 2036 aus, das Verfahren zur Neu-Genehmigung läuft erst 2028 an. Der Ausgang ist völlig offen, da die jetzige Lagerhalle zu den ältesten der Republik mit den dünnsten Wänden zählt. Daran konnten auch „Härtungen“, die ihrerseits zu neuen Problemen geführt haben, nichts ändern. Das heißt, die jetzt geplanten Castor-Transporte nach Ahaus laufen in eine rechtlich völlig ungeklärte Situation in Ahaus hinein. Im schlechtesten Fall käme der letzte Transport aus Jülich oder Garching nach den Berechnungen der SPD erst in 2033 in Ahaus an – drei Jahre später müsste dann das Ahauser Zwischenlager womöglich selbst geräumt werden – doch wohin eigentlich??

Die GdP hat also zu 100% Recht, wenn sie von „Aufgabe ohne Sinn“ und „Wahnsinn“ spricht.

Es heißt immer öfter, dass die „demokratische Mitte“ dieses Landes miteinander gesprächsfähig bleiben müsse, um sachlich nachhaltige, praktische Lösungen für die Menschen zu erarbeiten. Von dieser Gesprächsfähigkeit und vom Willen, gemeinsam sachliche Lösungen herbeizuführen, ist leider in der Castor-Frage nichts zu sehen. Damit belasten Sie die demokratische Tragfähigkeit unserer Gesellschaft. Das sollte Ihnen klar sein.

Wir fordern Sie deshalb auf, unverzüglich aufeinander zuzugehen, um die bisherige, langjährige Gesprächsblockade zwischen Bund und Land NRW aufzulösen. Es geht auch darum, der Gesellschaft zu beweisen, dass die Politik nicht in Sprachlosigkeit verharret, sondern bereit ist, gemeinsam und konstruktiv Schaden von der Gesellschaft abzuwenden, unnötige Risiken zu minimieren und Prozesse und Entscheidungen transparent zu machen. Zur Zeit ist mit Geheimniskrämerei, gegenseitigen Schuldzuweisungen und intransparentem Feilschen um die Kosten das absolute Gegenteil der Fall.

Jeder Atomtransport mit hochradioaktivem Atommüll von einem Zwischenlager zu einem anderen ist widersinnig und bringt neue Risiken mit sich, solange die eigentliche Endlagerfrage nicht geklärt ist.

Konkret fordern wir deshalb von Ihnen folgende Schritte:

1. Vereinbaren Sie unverzüglich einen Gesprächstermin zur Aufnahme von neuen Verhandlungen zur Zukunft des Atommülls in Jülich und Garching zwischen Bund und NRW.

In einer zweiten Runde sollten aus unserer Sicht natürlich auch die ebenfalls mitbeteiligten Bundesministerien der Finanzen und der Forschung sowie auch der Bürgermeister von Jülich und die Bürgermeisterin von Ahaus beteiligt werden, da ihre Kommunen von den Entscheidungen unmittelbar betroffen sind.

2. Herr Minister Schneider: Weisen Sie dazu das BASE im Rahmen Ihrer bundesaufsichtlichen Kompetenzen an, vorerst keine Transportgenehmigung (und schon gar nicht mit „Sofortvollzug“) zu erteilen, um diesen Gesprächen eine unbelastete Atmosphäre zu ermöglichen.

3. Herr Minister Schneider: Drängen Sie beim BASE zudem mit Nachdruck darauf, dass das Genehmigungsverfahren zur Weiterlagerung des Atommülls in Jülich endlich zielgerichtet zum Abschluss gebracht wird und nicht ständig mit neuen, nicht nachvollziehbaren Hürden belastet wird, die offensichtlich nur für Jülich in dieser Form angewandt werden und nicht für andere Zwischenlager (wie z. B. Ahaus).

4. Herr Ministerpräsident Wüst, Frau Ministerin Neubaur: Stellen Sie der JEN unverzüglich die beiden in Landesbesitz befindlichen Flächen in Jülich kostenlos zur Verfügung, um die Neubau-Option für ein Zwischenlager in Jülich nicht länger zu verzögern. Damit würden dann auch die gegenseitigen Schuldzuweisungen in diesem Punkt hinfällig.

5. Angesichts des immer kürzer werdenden verbleibenden Genehmigungszeitraums für das jetzige Zwischenlager in Ahaus sollte aus unserer Sicht keine weitere Einlagerung von hochradioaktivem Atommüll mehr erfolgen, solange die Zukunft des Lagers nicht grundsätzlich genehmigungsrechtlich geklärt ist.

6. Herr Minister Schneider, Herr Ministerpräsident Wüst, Frau Ministerin Neubaur: Wir laden Sie hiermit erneut nach Jülich und Ahaus ein, um sich vor Ort ein persönliches Bild zu machen und sich dabei auch den Fragen der Bürgerinnen und Bürger zu stellen. Wer so weitreichende Entscheidungen wie Sie trifft, darf sich nicht vor dem Gespräch mit den Menschen vor Ort drücken.

Wir setzen darauf, dass Sie Ihre politische Verantwortung auch „Last Minute“ wahrnehmen werden und freuen uns auf Ihre Vorschläge und Gesprächsangebote.

Antworten an uns richten Sie bitte an die Mail-Adresse der Initiative SOFA (Sofortiger Atomausstieg) Münster: info@sofa-ms.de

Herzlichen Dank im Voraus und mit freundlichen Grüßen

###, Bürgerinitiative „Kein Atommüll in Ahaus“

###, Aktionsbündnis „Stop Westcastor“ Jülich

###, BUND NRW

###, Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen

###, SOFA (Sofortiger Atomausstieg) Münster